

"Österreich und die Montanunion" in Arbeiter-Zeitung (4. April 1957)

Legende: Am 4. April 1957 legt die österreichische sozialistische Arbeiter-Zeitung ausführlich dar, warum Österreich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nicht beitreten kann.

Quelle: Arbeiter-Zeitung, 04.04.1957, n° 80. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"osterreich_und_die_montanunion"_in_arbeiter_zeitung_4_april_1957-de-1218a12e-b6ad-4d78-b6bf-8dcb88e41294.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Österreich und die Montanunion

In einem Vortrag hat sich dieser Tage Minister Waldbrunner auch mit Fragen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Europa befaßt und ist dabei zu einer bemerkenswerten Schlußfolgerung gekommen. Er trat entschieden für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Freihandelszone ein, lehnte jedoch einen Anschluß an den Gemeinsamen Markt ab. Der Minister fügte hinzu, daß in dieser Frage beide Regierungsparteien durchaus übereinstimmen. Warum die positive Einstellung zu der einen und die ablehnende Haltung zu der anderen Organisation? Bevor wir versuchen, diese Frage zu beantworten, wollen wir nochmals kurz den Unterschied zwischen den beiden Organisationen darlegen.

Der Gemeinsame Markt der Montanunionländer, dessen umfangreiches Vertragssystem vor kurzem in Brüssel unterschrieben wurde, ist aus der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft der sechs Staaten: Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg hervorgegangen. Die Montanunion war als geschlossenes, einheitliches Wirtschaftsgebiet bisher auf Kohle und Stahl beschränkt, soll aber im Laufe der nächsten zwölf bis fünfzehn Jahre stufenweise auf alle Produkte ausgedehnt werden. Nach Ablauf dieser Frist wird innerhalb der sechs Staaten der völlig freie Warenverkehr hergestellt; es wird im Verkehr untereinander weder Zölle noch sonstige Handelsbeschränkungen geben. Mehr noch: gegenüber allen übrigen Staaten werden die sechs ein geschlossenes Zollgebiet bilden, eine Zollunion, innerhalb derer nicht mehr die einzelnen Regierungen, sondern eine überstaatliche „Hohe Behörde“ sowohl über gemeinsame Zölle als auch über Preise, Tarife, Investitionen und manche andere wirtschaftliche Fragen entscheidet. Die wirtschaftliche Souveränität der Mitgliedstaaten ist also weitgehend eingeschränkt.

Die geplante Europäische Freihandelszone ist eine wesentlich losere Vereinigung. Wohl werden auch ihre Mitglieder nach einer bestimmten Anlaufzeit im Warenverkehr untereinander keine Zölle mehr einheben, gegenüber allen übrigen Staaten jedoch bleiben sie vollkommen souverän. Sie sind frei, mit Drittländern individuelle Handelsverträge abzuschließen und die Zölle nach Belieben festzusetzen. Es gibt auch keine Bindungen über Preise, Tarife oder sonstige wirtschaftliche Fragen.

Die Freihandelszone wird ebenso wie der Gemeinsame Markt erst nach Ablauf einer Frist von zehn bis fünfzehn Jahren ganz funktionieren; diese Zeit soll genützt werden, um die Zölle stufenweise abzubauen und das völlige Aufgehen in ein großes Wirtschaftsgebiet vorzubereiten. Österreich wird gemeinsam mit den übrigen Staaten, die sich zur Freihandelszone zusammenschließen wollen, zu diesem Ziel starten und es zusammen mit ihnen erreichen.

Der Gemeinsame Markt der Montanunion besteht jedoch bereits, soweit er Kohle und Stahl betrifft; da müsste also Österreich sofort mit beiden Füßen hineinspringen. Würden unserem Land daraus Vorteile erwachsen? Diese Frage ist genau untersucht worden; der Öffentlichkeit liegen unter anderem eine Stellungnahme des Wirtschaftsforschungsinstituts sowie eine Studie der Vöest aus der Feder ihres Prokuristen Dr. Köchl vor.

Ein Beitritt Österreichs zur Montanunion würde das ganze Gefüge unserer Eisen- und Stahlpreise schwer erschüttern. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es innerhalb der Montanunion strikte Preisbindungen für Kohle und Stahl gibt. Jedes Unternehmen ist wohl frei, seine Preise und Verkaufsbedingungen festzusetzen, aber diese Preise gelten dann einheitlich für alle Abnehmer innerhalb der Montanunion. Auch bezüglich der Exportpreise gibt es weitgehende Bindungen.

Die Inlandspreise der österreichischen Eisen- und Stahlwerke liegen beträchtlich unter denen der Montanunionländer: um etwa 20 Prozent bei Walzware und um 25 bis 30 Prozent bei Roheisen. (Das ist der Verstaatlichung zu danken!) Gewiss, Österreich könnte diese Preise bei einem Beitritt zur Montanunion sofort nachziehen. Aber diese höheren Preise müßten dann auch allen österreichischen Abnehmern berechnet werden, der gesamten eisenverarbeitenden Industrie, der Bauindustrie usw. Welche Folgen eine solche enorme Verteuerung für die betreffenden Betriebe, für die ganze österreichische Wirtschaft hätte, braucht nicht dargelegt zu werden. Die österreichischen Stahlwerke gewähren überdies der verarbeitenden Industrie einen separaten Preisnachlaß auf jene Eisen- und Stahlmengen, die für Exportaufträge verarbeitet werden. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe wesentlich gestärkt. Nach den Bestimmungen

der Montanunion sind solche Exportbegünstigungen nicht zulässig. Ihr Wegfall aber würde die österreichischen Exportfirmen schwer schädigen.

Wohl wäre Österreich nicht gezwungen, die Eisen- und Stahlpreise zu erhöhen. Dann müßten aber alle Stahllieferungen für die Länder der Montanunion zu den gleichen niedrigen Preisen berechnet werden. Heute werden dafür wesentlich bessere Preise als im Inland erzielt. Tatsächlich sind es die höheren Exporterlöse der Stahlwerke, die es gestatten, den Inlandspreis so niedrig, so beträchtlich unter den Weltmarktpreisen zu halten. Da 40 Prozent aller österreichischen Eisen- und Stahlexporte nach den Ländern der Montanunion gehen, wäre der Verlust für die Werke unerträglich.

Die Preisfrage allein mit ihren unabsehbaren Wirkungen würde schon genügen, um den Beitritt Österreichs zur Montanunion abzulehnen. Es gibt aber noch andere Gründe. So müßten gewisse Ausnahmetarife der Bundesbahnen für Erze, Kohle und Koks sowie feuerfestes Material abgeschafft werden; daraus würden der österreichischen Eisenindustrie Mehrkosten von rund 15 Millionen Schilling jährlich erwachsen. Äußerst bedenklich wäre auch das Recht der „Hohen Behörde“, für die österreichische Eisen- und Stahlindustrie Erzeugungsquoten festzusetzen, also unter Umständen die Produktion der Betriebe einzuschränken.

Damit wird ein anderes sehr wichtiges Problem angeschnitten, das hier nur gestreift werden kann. Der Beitritt Österreichs zur Montanunion würde den Einfluß der eigenen Regierung auf die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie weitgehend ausschalten und diese einer außerösterreichischen Stelle, nämlich der „Hohen Behörde“, unterstellen. Dann würde einer der wichtigsten Wirtschaftszweige aus der österreichischen Wirtschaftspolitik gewissermaßen herausgelöst. Ein so weitgehender Verzicht auf die Souveränität scheint wohl ausgeschlossen.

Wir haben uns bloß mit den wirtschaftlichen Folgen eines Beitritts zur Montanunion beschäftigt. Es gibt darüber hinaus auch noch politische Erwägungen, die dagegen sprechen, auf die hier aber nicht eingegangen werden soll.

Der Anschluß Österreichs an die Montanunion ist aber auch auf lange Sicht abzulehnen. Wenn wir nämlich an die Zeit denken, da der „Gemeinsame Markt“ alle Waren einbeziehen wird: dann wären Österreich in der Zollpolitik die Hände völlig gebunden – ein höchst unerwünschter Zustand. An der Grenze zwischen West und Ost gelegen, muß unser Land versuchen, den Warenverkehr nach allen Richtungen auszubauen und zu erweitern. Das setzt ein gewisses Maß von Souveränität in der Handels- und Zollpolitik voraus, wie es wohl in der „Freihandelszone“, nicht aber im „Gemeinsamen Markt“ gewährleistet wird.

Darum: Freihandelszone – ja, Gemeinsamer Markt – nein.

K. A.